

# Volkstimme

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inferie: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschluss: Für Inferie Nr. 1557, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 57.00 Mark, monatlich 19.00 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark. — Anzeigepreis: die gezeichnete Monoparzelle 3.00 Mark, außerdem 4.50 Mark im Reklameteil Zeile 11.00 Mark, auswärts 16.00 Mark. Vereinskalender Zeile 2.50 Mark. Anzeigenabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postcheckkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 93.

Magdeburg, Freitag den 21. April 1922.

33. Jahrgang.

## Nach der Überraschung.

### Die Plötzlichkeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Plötzlichkeit des deutsch-russischen Vertragsabschlusses hat auch hier allgemein überrascht und in manchen Kreisen Bestrebungen hervorgerufen. Natürlich glaubt hier niemand an die Legende von der deutschen Heimücke, vielmehr ist jedermann überzeugt, daß es die deutsche Delegation im Punkte der politischen Moral mit jeder andern getrost aufnehmen kann. Aber es kommt in dieser bösen Welt nun einmal nicht nur darauf an, was man ist, sondern noch mehr darauf, was man zu sein scheint. Sittliche Entrüstung ist eine gefährliche Waffe im politischen Kampfe. Jeder Staatsmann wird nach Kräften zu vermeiden suchen, daß sie sich gegen ihn und gegen sein Land wendet. Das Außerachtlassen der in dieser Beziehung nötigen Vorsicht hat Deutschland in früheren Zeiten furchtbaren Schaden gebracht. Durfte ein solcher Schaden in einer Zeit risikiert werden, in der Deutschland mehr als je zuvor auf die gute Meinung der Welt angewiesen ist? Durfte man dem gefährlichsten Gegner, dem französischen Imperialismus, der in machende Isolierung geriet, eine so günstige Gelegenheit zur Verbesserung seiner Stellung bieten, und durfte man das gerade jetzt tun, wo die Entscheidung über die Reparationen wie ein Damoklesschwert über Deutschland und der ganzen Welt hängt?

Das sind Fragen, die sich jetzt viele Leute hier rütteln. Es ist nicht leicht, sie zu beantworten. Offenbar glaubten Wirth und Rathenau, eine Brüderlichkeit der Konferenz riskieren zu müssen, weil sie die Situation, die sich bei der Verhandlung der russischen Angelegenheit entwickelte, als äußerst gefahrdrohend ansahen und den diplomatischen Durchbruch aus einer drohenden neuen Einkreisung für den letzten taktischen Ausweg hielten. War aber die Situation wirklich so gefährlich? Oder ist es nicht vielleicht nur der Sowjet-Diplomatie gelungen, der deutschen Delegation eine solche Gefahr vorzutäuschen, wie sie in Wirklichkeit in dieser Stunde nicht bestand? Oder sie als unmittelbarer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit war?

Für die Sowjet-Diplomatie bedeutet der Abschluß zweifellos eine außerordentliche Stärkung ihrer Stellung gegenüber der Entente. Mit dem deutsch-russischen Vertrag in der Tasche kann sie ganz anders verhandeln als ohne ihn. Darum hatte sie vor allem das stürzige Interesse daran, einen raschen Abschluß zu erzielen und mit ihm gegenüber den anderen Verhandlungsteilnehmern aufzutrompfen zu können. Darum stellte sie die deutsche Delegation in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vor die Frage: „Wollt ihr oder wollt ihr nicht?“ Und da sie wollte, daß Deutschland sofort unterwarf, stellte sie den Deutschen die Dinge so dar, als ob der Abschluß mit der Entente unmittelbar bevorstände und nur noch sozusagen fünf Minuten vor zwölf durch einen deutsch-russischen Vertragsabschluß verhindert werden könnte.

Es ist ein uralter Händlertrick, demjenigen, den man zum Käufer haben will, eine letzte sich nie wieder bietende Gelegenheit vorzutäuschen. War es am Sonnabend wirklich so weit, daß ohne den deutsch-russischen Vertragsabschluß ein Deutschland ungünstiger Abschluß zwischen Russland und der Entente zu erwarten gewesen wäre? War damals also wirklich die letzte sich bietende Gelegenheit? Dann konnte die deutsche Delegation wirklich nicht anders als zugreifen. Dann liegt der Fehler nicht darin, daß man jetzt unterschmetzt hat, sondern vielmehr darin, daß man es nicht in Voransicht der kommenden Dinge schon früher getan hat.

Dann mußte auch die Rücksichtnahme der Konferenz gewagt, die Existenz der Konferenz selbst aufs Spiel gesetzt werden. Es blieb eben nichts andres übrig! Denn, wenn man auch die materiellen Wirkungen des Artikels 116 von Versailles gleich Null einräumen mag, weil der Reparationsfuchs durch Russlands Beteiligung an ihm nicht größer, sondern nur die Teile kleiner würden, so wäre doch die politische Bedeutung seiner Anwendung äußerst gefährlich. In dem Augenblick, in dem Russland Interessen an den deutschen Reparationen wird, wird es auch Mitglied der Entente und ist es mit daran interessiert, daß aus der deutschen Volkswirtschaft das Letzte zur Heilung freiem, franker Staatsfinanzen herausgeholt wird. Insommer hat ja auch die französische Rechtspresse recht, daß der deutsch-russische Vertragsabschluß eine Aenderung der weltpolitischen Konstellation bedeutet. Der Wiedereintritt Russlands in die

Entente wird durch ihn verhindert oder wenigstens für absehbare Zeit bedeutend erschwert.

Nach außen wirkt der Vertragsabschluß wie ein Theatercoup. Man fühlt sich in die alte Hera der Plötzlichkeit zurückversetzt. Die psychologische Wirkung auf alle Außenstehenden war leicht vorzusieben. Jetzt handelt es sich für uns darum, Mittverbindnisse zu beseitigen und Territorium aufzuklären. Insbesondere darum, nicht die Vermutung aufzunehmen zu lassen, als würde in Deutschland nationalsozialistische Politik getrieben. Wir wollen die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und stimmen daher sachlich dem Inhalt des Vertrags zu. Wir wollen aber auch gute Beziehungen zu den Völkern des Westens, wir wollen ein Wachstum der Deutschland günstigen Stimmungen in der ganzen Welt und die Isolierung des französischen Imperialismus gegenüber allen Völkern, nicht zum mindesten gegenüber seinem eigenen, dem französischen Volke. Die deutsche Politik, die zu solchen Zielen drängt, hat durch die Plötzlichkeit des deutsch-russischen Vertragsabschlusses einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Möge es gelingen, seine Folgen rasch wieder zu beseitigen.

### Die Arbeiter zum deutsch-russischen Vertrag

Der Gegenschlag zwischen der deutsch-russischen friedlichen Vereinbarung mit ihren gegenseitigen Verträgen und den Ententeforderungen an Russland nach Zwangszuldenverwaltung, Kapitulationen u. dgl. ist riesengroß. Das Interesse der Arbeiterschaft aller Länder gebietet eben, daß endlich Schluss gemacht wird mit den alten Kriegsmethoden. Einmal diesen Strich unter die Vergangenheit ziehen — das ist der Sinn des deutsch-russischen Vertrags, des Friedens von Rapallo. Und das ist der Grund des Zornes der Autoren des Versailler Diktats und des Londoner Ultimatums. Die höhere Moral, die Vernunft und der wahre Friedensgeist liegen in diesem neuen Vertragsabschluß, darüber von den Alliierten der Vannisch der Doppelzüngigkeit ausgeschüttet wird. Das Proletariat der ganzen Welt wird dies schon erkennen.

Die Überraschung der Alliierten war um so größer, als diese Erscheinung der Attraktivität Deutschlands von seiner bisher auf der Konferenz geübten Haltung wesentlich abstießt. Jedenfalls haben unsre Friedensschlüsse mit Russland ein eigenartiges Schicksal, ob sie im Geiste der Gewalt wie in Brest-Litowsk oder im Geiste der Freundschaft von Rapallo gehalten sind. immer werden sie wie eine Kriegserklärung angesehen.

Eine Frage, die für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und für die zweite Internationale besonderes Interesse hat und die durch den Vertrag indirekt berührt wird, ist die, ob durch die Anerkennung der russischen föderativen Sowjetrepublik auch die Sowjetregierung in Georgien anerkannt wird. Bekanntlich haben sich die Parteien der zweiten Internationale bis zuletzt dafür eingesetzt, daß Georgien als rechtswidrig okkupiert anzusehen sei. Es wird категорisch erklärt, daß eine Anerkennung Sowjet-Georgiens nicht in den Vertragsabschluß einbezogen sei. Es sei davon während der ganzen Verhandlungen niemals die Rede gewesen, und es würde dazu ebenso eines neuen Vertrags bedürfen, wie z. B. um die ukrainische Sowjetregierung anzuerkennen. Lebhafter macht Artikel 4 des Vertrags im zweiten Satz einen Unterschied zwischen Sowjetrussland und den andern russischen Staaten.

### Deutsche Besprechungen mit Lloyd George.

Aus Genoa wird uns vom Mittwoch nachmittag 6 Uhr gemeldet:

Eine Lösung des „Zwischenfalls“ ist bisher noch nicht erfolgt. Die Absicht der deutschen Delegation, schon heute die Note der Entente zu beantworten, konnte bisher durch die fortwährenden Besprechungen, die dem „Zwischenfall“ galten, nicht durchgeführt werden. Schon in den Morgenstunden erhielten ein Abgesandter der italienischen Regierung bei Rathenau zur Besprechung der Situation. Diese Besprechung wurde durch einen Telephonruf Lloyd Georges unterbrochen, der Rathenau bat, sich bald zu einer Besprechung einzufinden. Dem Wunsche des englischen Ministerpräsidenten leisteten Wirth und Rathenau sowie der Ministerialdirektor v. Weltzahn sofort Folge. Zuvor sprach Rathenau noch bei dem italienischen Außenminister Spanger vor.

Die Besprechungen mit dem englischen Ministerpräsidenten dauerten drei Stunden. Inzwischen er-

wartete Tschauder im Edenhotel die Rückkehr des Kanzlers und des Außenministers, um gleichfalls mit ihnen die Lage zu erörtern. Ein endgültiges Ergebnis haben sämtliche Befreiungen bisher nicht gehabt. Zurzeit erfolgt eine erneute Zusammenkunft mit Lloyd George, der eine weitere Erörterung unserer Regierungsbetreter mit Tschauder folgen wird. Heute abend 10 Uhr treten die deutschen Sachverständigen zu einer Besprechung zusammen. Eine Antwort wird jedenfalls nicht vor Donnerstag an die Alliierten abgeben. Der Entwurf ist fertiggestellt.

Das Bestreben Lloyd Georges, den „Zwischenfall“, ohne den Arbeiten der Konferenz zu nahe zu kommen, beizulegen, ist unverkennbar. Auch die Italiener arbeiten in gleicher Sinne. Deutschland hat natürlich allen Grund, in der gleichen Weise alles zu tun, um bestehende Meinungsverschiedenheiten aus der Welt zu schaffen. Auf jeden Fall ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Vertrag nicht rückgängig zu machen ist, wie heftblütige Franzosen und einige andre Alliierte verlangen.

### Das Währungsproblem.

In der Unterkommission des Wirtschaftsausschusses hielt der deutsche Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, eine Rede zum Währungsproblem und den aus dem Sturze der Mark sich ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten für Deutschland im besondern und für die Weltwirtschaft im allgemeinen. In der Rede hieß es u. a.:

Wir stehen in Deutschland unter dem Druck einer Preisswelle, die die innere politische Festigkeit des Staates bedroht. Jedes weitere Sinken der Mark in Deutschland beansprucht der Inlandsmarkt sofort mit einer Warenpreiserhöhung. Deshalb steht das

Währungsproblem an erster Stelle und es entscheidet über den Erfolg aller rein wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Demnach können wir solche Maßnahmen, die vorübergehend milde eingreifen, nicht entbehren. Die hochbalutariischen Länder sperren die Einfuhr durch Zölle und Verbote. Wir tun das gleiche. Wer die Gründe sind verschieden. Für die hochbalutariischen Länder bedeutet es vielfach einen Schutz für die Industrie; für Deutschland speziell ist es die Sorge um eine Sicherung der Zahlungsfähigkeit. Aber auch dieses Mittel der Einfuhrsperrre kann uns nicht vollständig helfen, denn über den Ausgleich entscheidet nicht unsre handelspolitische Lage, sondern die Gesamtheit unserer Zahlungsverpflichtungen. Wir sind gar nicht die bösen Konkurrenten, wie angenommen wird. Im Einzelfall kann die Konkurrenz schwer empfunden werden, in der Gesamtwirkung liegt eine gewaltige Überdrückung vor.

Die unterbalutariischen Länder drosseln die Einfuhr; eben ich frage mich, ist das ein Nutzen der handelsreibenden Staaten, die ein Interesse an der Wiedergewinnung des alten Marktes haben? Der zertrümmerte Markt in Mittel- und Osteuropa nimmt vor allem den Rohstoffe ausführenden Ländern einen großen Teil ihres Absatzmarktes,

rückt an den wirtschaftlichen Grundfesten aller Staaten und treibt den Schwachen immer tiefer in den Verfall. An der Gefandlung des Marktes sind wir alle interessiert. Über es ist da nicht nur der Markt in Mittel- und Osteuropa, der geächtigt ist. Auf allen Märkten ist die Kaufkraft der großen Massen gefallen. Die balutariischen Länder haben durch eine tiefe Geringe Wettbewerbsfähigkeit, die übrigen Länder durch eine Senkung des Lebenshaltung die Konsumfähigkeit des Warenmarktes stark gemindert. Dazu kommt die Verschuldung aller Staaten, die genötigt sind, neue Ausgaben auf dem Verkehrsgebiet, Erfüllung sozialer und kultureller Pflichten zurückzustellen.

In Deutschland ist der Verbrauch an Brot geteilt um 24 Prozent, der von Fleisch um 60 Prozent zurückgegangen. Spricht nicht der Rückgang in der Weltproduktion für meine Auffassung? Eisen und Stahl, Kohle und Baumwolle sind weit unter die Weltproduktion von 1913 gesunken. So kommt ich zu dem Ergebnis: Wir müssen die

Produktion erhöhen durch gestiegerte Kaufkraft des Volkes und zugleich für die Zufuhr von Rohstoffen den Weg frei machen.

Die deutsche Regierung hat bereits die ersten gefestigten Schritte unternommen, die Sperrre in der Einfuhr aufzugeben und sie durch die Zollmaßnahmen zu ersetzen. Wenn es uns gelingen würde, die handelspolitische Isolierung der Staaten aufzuheben, eine allgemeine Hochkofis für alle Staaten wiederherzustellen, so hätte die Konferenz in Genoa auch für den Völkerfrieden ein gutes Fundament gelegt.



der Elternrechte, die am besten ausgeglichen wird durch die tätige Hilfe der Eltern an der Arbeit der Schule.  
5. In der Mitarbeit der Eltern liegt keine Einschränkung, sondern eine Erhöhung der Arbeit des Lehrers.

Genossin Elisabeth Schäfer sprach zu demselben Thema.

Ihre Nächsten haben folgenden Wortlaut:

Die Schulgemeinschaft muss zur lebendigen Zelle der neuen Gesellschaft werden. Daher erheben wir die Forderung:

dass die Eltern nicht nur durch die politische Vertretung in Gemeinde und Staat, sondern auch als Freunde ihrer Kinder persönliche Mitarbeiter an der Schularbeit werden.

Sie haben solche Mitarbeit zu leisten:

1. als Mütternde, Mitlehrende und Mitlebende im Gemeinschaftsleben der Schule,

2. als organisierte Elternschaft die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft.

Sie werden das nur leisten können, wenn sie sich völlig von den patriarchalischen Vorstellungen einer äußerlichen Elternautorität befreien und mit Ernst und Eifer in Gemeinschaft mit der Lehrerschaft das Leben eines kindergemäßen Gemeinschaftslebens erkennen und fördern helfen.

Debatteles wurde folgende Resolution angenommen:

Der 2. Sozialdemokratische Lehrertag wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen den Reichstag des 30. Ausschusses des Reichstags zum § 1 des Reichsschulgesetzes. Er steht darin den Versuch, der Gemeinschaftsschule ihre verfassungsmäßig gewährleistete Vorzugsstellung zu nehmen und damit den Wortlaut und Sinn der Verfassung in dem auf dem Weimarer Schulkompromiss beruhenden Artikel 146 zugunsten der Kenntnisschule zu verleugnen. Er wendet sich an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der dringenden Bitte, angesichts der offenkundigen Preisgabe eines der weSENTlichsten Teile des Weimarer Schulkompromisses auch für die Sozialdemokratische Partei wiederum die volle Freiheit der Entscheidung gegenüber dem geplanten Schulkompromiss in Anspruch zu nehmen.

Durch diese Stellungnahme zugunsten der Wahrung der verfassungsmäßigen Herbeihaltung der Gemeinschaftsschule wird die gründliche Stellung zur Gemeinschaftsschule (Simultan-)schule nicht berührt.

Die sozialdemokratische Lehrerschaft hat nie einen Zweifel darüber gelassen, dass schon der Regierungsentwurf für das Reichsschulgesetz in der vorgelegten Form nicht annehmbar ist. Sie fordert grundsätzlich als die der demokratischen Republik und der sozialistischen Lebensaufassung allein völlig entsprechende Schule die weltliche Gemeinschaftsschule und erwartet von den Vertretern der Partei im Reichstag und in der Regierung, dass sie in erster Linie für diese Schule eintreten.

Zusätzlich aber fordert sie von der Regierung, dass sie sich einer weiteren Verschiebung der geheimnigen Anerkennung der weltlichen Schule mit allen Mitteln widersetzt. Die Verzögerung der Ausführungsbestimmung zu Artikel 146 der Verfassung hat schon jetzt unter Schülern aufs schwere gefordert; eine weitere Verschiebung würde die Freude der weltlichen Schule zu Gegenmaßregeln zwingen, die im Interesse unserer Schule und unserer Kinder, wenn irgend angängig, vermieden werden müssten.

Der Sozialdemokratische Lehrertag fordert daher von der Reichsregierung für den Fall, dass ein der Verfassung entsprechender Gesetzentwurf nicht in allerhöchster Zukunft zu stande gebracht werden kann, die sofortige Vorlage eines Notgesetzes, das die verfassungsmäßig gewährleistete Anerkennung der weltlichen Schule in die Wirklichkeit überführt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution zur Lehrerbildung wird eine scheinbare Verabschiedung eines Gesetzes gefordert, in dem bestimmt wird, "dass fortan alle Lehrer ihre allgemein-wissenschaftliche Vorbildung durch das vollständige Durchlaufen einer zur Hochschule führenden höheren Lehramtaufgabe und ihre berufliche Ausbildung durch ein vollständiges Hochschulstudium erwerben müssen". Weiter wird einstimmig angenommen eine Entschließung, die sich gegen die Versuche wendet, "die Durchführung des Grundschulgesetzes durch Einrichtung von Privatschulen und durch frühzeitige Zusammenfassung der intellektuellen Begegnungen zu untergraben".

In der mehr als drei Stunden währenden Diskussion kommt manche Zustimmung, aber auch manche Kritik zu den Referaten zum Ausdruck. Nach den Schlussworten der Referenten kommt man zu folgendem Ergebnis:

Ein Antrag Hamburg kommt in Verbindung mit Punkt 2, 3 und 5 der Leitfäden Köster und den Leitfäden Wegscheider — die die Genossin Schäfer vorlegte — von den Worten „sie haben ...“ an. Der Antrag Hamburg lautet:

So lange das Schulleben noch Gegenstand des Kampfes zwischen Mächten außerhalb der Schule ist, kann eine rein pädagogisch eingestellte Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern nicht erwartet werden. Mit allem Nachdruck muss jeder Versuch, das Elternrecht am Schulleben zum Mittel und Deckmantel politischen und kirchlichen Machttreibens zu machen, bekämpft werden. Um die Mitarbeit der Eltern tatkräftig zu fördern, muss schon heute: 1. ihr Mitwirken bei der Erziehungsarbeit "verhältnis und außerhalb der Klasse auf gesetzliche Grundlage gesetzt werden.

Zu Punkt 3 der Leitfäden Köster wird folgender Antrag angenommen: "Das Recht des Staates als Träger der Gemeinschaft steht höher als das Recht der Eltern und Erziehungsberechtigten. Staatsrecht bricht Elternrecht.

Diese Gesamtheit zum Elternrecht wird sodann einstimmig beschlossen.

Nach der Annahme weiterer Entschließungen, die

1. die Parteigenossen auffordert, den Gefahren, die den allgemein politischen Bestrebungen der Partei durch die christlich-

evangelische Elternbewegung entgegen, zu begegnen.

2. es allen parteigenössischen Lehrern und Lehrerinnen zur Pflicht macht, mit den Elternbeiräten zusammen zu arbeiten und den Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft beauftragt, eine rege Agitation über die Bedeutung der Elternbeiräte und der Mitwirkung der Elternschaft in der Schule zu entfalten,

3. von den Fraktionen der Landesversammlungen fordern, dass sie in der Frage der Selbstverwaltung der Schule zu einer schnellen und gründlichen Regelung kommen, die den Elternbeiräten ihre Rechte gibt und ihre Ausübung durch die Verpflichtung der Aufbringung der Mittel durch die Schulverbände ermöglicht, wird die Tagung auf Montag vertagt.

In der Montagsitzung behandelten die Genossen Sonnenmann (Bremen) und Böbel (Kassel) das Thema "Wir Lehrer in der Partei". Sie legten ihren Referaten Gedanken zugrunde, die dem Lehrertag gebracht wurden. Nach einer mehr als sechsstündigen Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: "Die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen müssen Schüler an Schüler mit der Parteigenossenschaft kämpfen, um die Ideen des Sozialismus in die Tat umzusetzen. Im Beruf bietet sich manigfach Gelegenheit, durch sozialistische Beispiele zu wirken und dadurch Kinder, Eltern und Kollegen bestmöglich zu beeinflussen. In den Mittelpunkt aller Erziehungsarbeit muss der Gemeinschaftsgedanke gestellt werden. Er wird, richtig angewandt, alle Verhältnisse umgestalten. Selbstverständlich muss die Parteipolitik in der Schule verbannt sein. Außerhalb des Berufs bietet sich dem sozialdemokratischen Lehrer eine vielseitige Möglichkeit der Bekämpfung durch Mitarbeit an der Jugendbewegung, der sozialen Fürsorge, den mancherlei Bildungsveranstaltungen der Arbeiterschaft und an der Parteipresse. Nicht nur durch die Mitwirkung der Großstadtlehrer an diesen Aufgaben, sondern vor allem auch durch die fähige Parteipolitik und Bildungsarbeit der parteigenössischen Landeslehrer als Kulturträger auf vorgezeichneten Posten vermag die sozialdemokratische Lehrerschaft zur Verbreitung und Verwirklichung sozialistischer Ideen reelle Mitarbeit zu leisten."

Mit dieser Entschließung war die Hauptarbeit des zweiten Tages des Sozialdemokratischen Lehrertags beendet. Nach Erledigung einer großen Anzahl von Anträgen, die eine lange Debatte verursachten, schloss Heinrich Schulz um 5 Uhr nachmittags die Tagung.

## Notizen.

Otto Hues Nachfolger im Parlament. Nachfolger des Genossen Hues im Reichstag wird Genosse Spiegel (Düsseldorf), Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Rheinland-Westfalen, der schon im Jahre 1912 dem Reichstag angehört. Im Preußischen Landtag tritt die Genossin Anna Leg an die Stelle Hues.

Vierzig Strafzettelstrafen für Ausländer. Das Münchner Polizeigericht verurteilte den aus Algier stammenden französischen Staatsangehörigen Barat, einen Arbeiter, und den tschechoslowakischen Staatsangehörigen Grögler, die bei der Flucht aus dem Gefangenlager in Ingolstadt einen Beamten der Bundespolizei seiner Waffen beraubt und festgehalten hatten, zu der schweren Strafe von 3 Jahren Buchthalen. Wenn das gleiche in Frankreich geschieht, entrüssten wir uns mit Recht, aber in Bayern ist das natürlich etwas anderes.

Münchner Justiz. Auf Meldung des "Local-Anzeiger" aus München verurteilte das Polizeigericht den Fabrikanten Alfred Naumann aus Fürth, der seine Schwägerin Frieda Breuer veranlasst hatte, der Entente-Kommission in München von einem angeblichen Geheimbund von Studenten, einem Rechtsputz

und den zu dessen Abwehr zu erwartenden Generalstreik Mitteilung zu machen, wegen Landesverrats zu 4 Jahren Buchthalen. Die Mitangestellte Breuer wurde wegen versuchten Landesverrats zu 6 Monaten Festungshaft verurteilt.

Die Mordeserie in Oberschlesien. In Groß-Strehlitz wurde die Gattin des Justizoberinspektors Bennewitz von einer französischen Bäronne in dem Augenblick erschossen, als sie das Fenster öffnete, um nach ihrem aus dem Heimelbrennen Gatten auszuschauen. Der Kreisfunkleiter in Groß-Strehlitz erklärte dem Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses Groß-Strehlitz, der wegen dieses Vorfalls bei ihm vorstellte würde, dass kurz vor der Öffnung des Fensters Schüsse gefallen wären. In der Annahme, dass aus diesem Fenster geschossen worden sei, hätte der französische Soldat hingerichtet. Er werde wegen falschlicher Tötung zur Verantwortung gezogen werden. Auf Grund des Belagerungsstandes unterliegen sämtliche Gleimiger Zeitungen der Censur. Die leichten Blätter weisen große Benachläufe auf und melden von der Ermordung des Polenführers Dr. Ghycynski nur die Tatsache.

Um Groß-Hamburg. Am Mittwoch hat sich der Ausschuss des Preußischen Landtags für die Groß-Hamburg-Frage nach Hamburg begeben. Gleichzeitig sind vor der preußischen Regierung Ministerpräsident Große-Braun und Handelsminister Genossen Siering nach Hamburg abgereist. Der Zweck der Reise ist eine Besichtigung des preußischen Gebiets, das nach dem Unfall der Hamburg zu Ingolstadt übergelaufen werden soll. In der Besichtigung werden auch die Genossen Südlum und Möller in ihrer Eigenschaft als Staatskommissar für die Groß-Hamburg-Frage bzw. als Oberpräsident der Provinz Hannover teilnehmen. Bei unsern Hamburger und Altonaer Parteigenossen erregt es lebhafte Besprechungen, dass die Kommission nur verhältnismässig Gebiet bereisen und gewissermaßen ganz von Hamburger Einflüssen ferngehalten ihre Eindrücke sammeln soll.

## Depeschen.

Die gebaute Faust Poincaré.

Wb. Paris, 20. April. Morel Hulin berichtet dem "Globe de Paris", dass Poincaré in der Angelegenheit des deutsch-französischen Vertrags handeln werde. Nicht in Genau müssen diese Angelegenheit liquidiert werden. Wenn man die Deutschen nicht hindern könnte, sich mit den Volksbeweisen zu verständigen, so habe man doch das Recht und die Kraft, Deutschland zum Respekt des Versailler Friedensvertrags zu zwingen. "Wir haben die Mittel, Sanctionen auszuüben, die Deutschland zwingen, zur Ordnung zurückzuführen. Wir werden von unseren Alliierten, und hauptsächlich von Großbritannien, verlangen, sich uns anzuleisten, um Deutschland zu zwingen, Abhabe zu liefern, nicht in Wörtern, sondern in effektiver und greifbarer Form."

Kapp ist augenkreuk.

S. P. D. Leipzig, 20. April. Die in der Leipziger Universitätsklinik vorgenommene Untersuchung Kappes hat ergeben, dass er an einer schweren Augenkrankheit leidet, die eine Operation notwendig macht. Kapp wird unter Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft einem Krankenhaus überwiesen werden. Man redet damit, dass schon in nicht allzu ferner Zeit der Prozeß gegen ihn beginnen wird.

Bom Metallarbeiterkampf in Süddeutschland.

SPD. München, 20. April. Der Kampf der bairischen Metallarbeiter dauert unermindert fort. Die streitenden Münchner Metallarbeiter haben in zwei großen Versammlungen mit 6200 gegen 50 Stimmen beschlossen, ein neues Angebot der Unternehmer abzulehnen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

## Mitteilungen aus der Buchhandlung Boltzstimme.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsaussträgerinnen entgegen)

Sur Absolument liegen bereit:

Verliner illustrierte Zeitung Nr. 1.

Wieder vorrätig sind:

Georg Witkowitz: Goethe's Faust, Text u. Kommentar, 2 Bände zu 50 M.

Felix Welt: Sozialstaat. 18,-- M.

Emilie Semper: Uns den Tagen von Sedan (Les Charniers). Übertragen von D. Cornelius. Mit einem Vorwort von Bertold Guttner.

Gut gebunden 45,00 M.

Briefe von Seelen Reuter. Ged. 35,00 M.

Illustriert, Salzb. ged. 50,00 M.

Neuerscheinung:

Nörpet: Uns der Betriebsratfrage. (Teil I) 12,00 M.

Fahrklager!

Mein Lieber,  
Sie haben ja,  
das Altbernsieber!  
Sie kaufen sich  
noch auf der Stelle  
eine Stahlrohr-  
bettstelle!

## Eine Überraschung

während meines

Reklame-Verkaufs ||

ist der äußerst günstige Preis meiner Stahlrohr-Bettstellen.  
Besuchen Sie noch heute mein Musterlager.

Fritz Sievert, Bahnhofstr. 11

En gros. Bettenspezialhaus. En détail.

Kein Laden!

Frisch eingetroffen:  
Eine Sendung feinste Tafel-Margarine 29= pfd.  
F. Paul Voigt, Schwerinerstraße 4

Wir kaufen laufend  
ab allen  
Stationen  
zu hohen  
Preisen  
iegliche Sorten

Alt-Eisen  
Metalle  
errissene Säcke, Sacklumpen  
Emballagen, Papiergewebe  
Sägeg. u. Planeinenabfälle  
Papier - Zementdeutel usw.

Gebr. Rosenbaum  
Magdeburg-S., St.-Michael-Straße Nr. 21a.  
Telephon 339.

1/1 Weißwein - Flaschen  
Rotwein- u. Rognatflaschen  
Selt-, Wasser-, Portwein- sowie sämtliche 8/8, 1/2, 3/4,  
1/2-Liter-Flaschen

Alt-Papier  
Zeitung, Zeitchriften,  
Papier- u. Pappeblätter, Alten  
und Geschäftsbücher  
unter Garantie des Ein-  
käufers zu den höchsten Tagespreisen

Magdeburger Abfallsammlung  
Große Münzstraße 13 (Eingang Lütznerstraße) und  
Halberstädter Straße 130 (Eing. Sodenburger Bahne)  
Telephon 2094 und 3954.

Abholung erfolgt kostenlos durch unsere Gespanne.

Mehlhalde  
Leiterstraße 2 Telefon 6306

|  |  |
|--|--|
| Weizenmehl 50 Prozent pro Pfund M.R. 11,50 | Kartoffelflocken pro Pfund M.R. 7,25     |
| Weizenmehl 70 Prozent pro Pfund M.R. 10,00 | Gerste 7,50                              |
| Roggemehl 70 Prozent pro Pfund M.R. 7,50   | Prima Victoriaerbsen pro Pfund M.R. 7,50 |
| Roggemehl 85 Prozent pro Pfund M.R. 6,90   | Prima weiße Bohnen pro Pfund M.R. 8,50   |
| Grebe Weizenkleie pro Pfund M.R. 5,00      | Mais pro Pfund M.R. 5,70                 |
| Mehl garantiert rein pro Liter M.R. 70,00  | Rübel pro Liter M.R. 56,00               |

Gustav Overbeck.









## Eine Röse für dich

bildet die Spielfolge der Kammer-Lichtspiele, welche ab heute bis einschließlich Montag dort gezeigt wird.

Fern Andra weist in ihrem großen Circusdrama

### Des Lebens und der Liebe Wellen

den Besucher von Anfang bis zum Schluß zu fesseln. Ungeheure Aufwendungen wurden gemacht, um dem Werke sein besonderes Gepräge zu geben. Sind doch nicht weniger als 40000 Mitwirkende, die den Massenszenen eine wahrhaft gigantische Wucht verleihen, eine Zahl, die dem Bilde zu dem Beinamen „Der Film der Vierzigtausend“ verholfen hat. Nebenwährend die Szenen im Stadion, wenn Fern Andra auf der Quadriga mit fester, sportgewohnter Hand ihre vier Hengste zügelnd, Runde um Runde siegreich dem Fels voranfährt. Eindrucksvoll die Länge des Balletts der Berliner Staatsoper, die geschickt der Handlung eingeflochten sind.

Im zweiten Bild

### treulose Frauen

erfreuen Jenny Marba, Sabine Gezza, Grete Hollmann und Kurt Ehrlé, von der Hand der feinsinnigen und erfolgreichen Regisseurin Hanna Henning straff zusammengehalten.

Alles in allem ein Programm, das man unbedingt gesehen haben muß.

Jeden Sonntag vormittag von 11 bis 1 Uhr:  
Große Frühvorstellung.

## Kommer-Lichtspiele.

### KAISERHALLE

Kaisersstraße 190 Inh.: Max Richter Fernsprecher 2930

Freitag den 21. April 1922, abends 6 Uhr

Ehren-Abend für den Kapellmeister K.W. Heimze

unter Mitwirkung namhafter Künstler. 10

Die Ausgabe der Silberplakette für die Sonderveranstaltung für diesen Abend und Samstag 1922 erfolgt für die Käufersgemeinde.

1.-750 am Dienstag den 24. April.  
151.-1500 am Mittwoch den 25. April.  
1501.-1550 am Donnerstag den 26. April.  
1551.-1600 am Freitag den 27. April.  
1601.-1650 am Samstag den 28. April  
in der Städtebau-Akademie, Kaisersstraße 31 unter 2. vermittelten von 9 bis 1 Uhr.

Für die Städtebau-Akademie, selbst und Schwestern erfolgt die Ausgabe für die Käufersgemeinde.

1.-1500 am Dienstag den 24. April.  
151.-3000 am Mittwoch den 25. April  
in der Städtebau-Akademie, Kaisersstraße 1, Zimmer 2 vermittelten von 9 bis 1 Uhr.

Die Ausgabe wird wahrscheinlich  
1. die Ausgabe für Schwestern vergeben;  
2. der 1500. Einzelbestand;

3. für ein Elternabend für erwachsene Kinder  
die Bezeichnung einer Schwestern oder eines Kindes für Schwestern das Bezeichnen der Eltern des Kindes vergeben.

Das Abendprogramm ist am Freitag, den 27. April 1922.

Der Preis ist 10.

### Sindenburg

Freigabe - Ersterter

Seine Freigabe, 8 Uhr

Gustav Klemm.

Seines Programms:

Der Schauspieler

der Gemeinschaft

der Freiheit

der